

Kiel, 20. April 2022

Beantwortung Wahlprüfsteine

Frage 1

Bisexuelle (Bi+) outen sich deutlich später, dabei sorgt Coming-out deutlich für Zufriedenheit.

Bislang gibt es erst mit der Bundestagswahl letzten Jahres drei bi+ Politiker*innen – anders in anderen Staaten.

Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?

Die SPD steht für eine offene und respektvolle Gesellschaft. Einen toleranten und akzeptierenden Raum in der Gesellschaft zu schaffen, sehen wir als eine unserer Aufgaben an. Mit der Ehe für alle haben wir den ersten Schritt für mehr gesellschaftliche Akzeptanz eingeleitet, diese muss aber weiter steigen. Wir hoffen, dass es in Zukunft möglich ist, sich ohne Angst vor Konsequenzen zu outen und wollen mit zu dieser Entwicklung beitragen. Coming-Outs sind allerdings Prozesse, die selbstbestimmt erfolgen müssen. Nur die jeweilige Person selbst kann entscheiden, wie viel sie über sich preis geben möchte; nicht jede*r will seine sexuelle Orientierung bekannt geben oder gar darauf reduziert werden. Ein Outing „von außen“ schafft Unsicherheit und untergräbt Vertrauen. Wir bitten daher um Ihr Verständnis, dass wir Ihnen an dieser Stelle keine Namen nennen möchten.

In der Partei gibt es mit der SPDqueer ein aktives innerparteiliches Netzwerk, das die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen und allen, die sich der queeren Community (LGBTQI*) in der Partei zugehörig fühlen, vertritt. Die Mitglieder setzen sich sowohl parteiintern, in den Parlamenten als auch in der Öffentlichkeit für die Belange und Repräsentation von LSBTIQ*-Personen ein.

Frage 2

Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. maximal 44%.

Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch.

Bi+ haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden.

Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Allen Versicherten muss, unabhängig von ihrer Sexualität, der Zugang zu den notwendigen Leistungen der Gesundheitsversorgung gewährt werden. Dies ist die Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, wobei der Zugang diskriminierungsfrei und bedarfsorientiert sein muss. Die Gesundheitspolitik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass der Zugang zu allen Versorgungsbereichen gewährt ist. Mit dem Gesetz zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention hat die SPD im Bund das Ziel geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Prävention und Krankenbehandlung gesetzlich verankert, wodurch es für alle Leistungserbringer*innen und die gesetzlichen Krankenkassen verbindlich ist. Damit Leistungserbringer*innen in den unterschiedlichen Professionen diesem Ziel auch gerecht werden können, ist eine geschlechtersensible Lehre unerlässlich.

Mit dem Förderschwerpunkt „Spezifische Besonderheiten in der Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung“ werden seit 2020 durch das Bundesministerium für Gesundheit Vorhaben gefördert, die geschlechtsbedingte gesundheitliche Ungleichheiten identifizieren und die Qualität der Versorgungsangebote verbessern sollen. Die SPD unterstützt diesen Forschungsansatz ganz ausdrücklich und wird prüfen, an welchen Stellen er auszubauen ist.

Frage 3

86% der Bi+ wünschen sich mehr **Aufklärung** über **Bisexualität in der Schule**.

In der Schulpraxis wird Bi+ meist verschwiegen. Junge bi+ sind keine Minderheit: 39%.

Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wir machen uns für die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten stark. Wir treten für eine inklusive und diskriminierungsfreie Schule ein. Das schließt die Diversität sexueller Orientierungen ein. Die Schulen können und sollen jungen Menschen dabei unterstützen, einen offenen, vorurteilsfreieren Austausch und vor allem Sicherheit im Umgang mit dem Thema zu finden. Wir fördern deshalb auch Kooperationsangebote mit Fachberatungsstellen zur Sexualpädagogik.

Wir wollen Schulen durch eine Qualifizierungs- und Fortbildungsoffensive darin unterstützen, dass sie Präventions- und Interventionskonzepte mit externer Unterstützung entwickeln und weiterentwickeln können, um Schüler*innen bestmöglich vor Mobbing und Gewalt zu schützen und zu einer Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen zu finden. Die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten wie die Bisexualität soll sich zudem in Unterrichtsmaterialien widerspiegeln. Dazu werden wir die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erziehungspersonals anbieten.

Frage 4

2014 trat in Schleswig-Holstein ein **Aktionsplan gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit** in Kraft.

Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?

Unter der SPD-geführten Küstenkoalition wurde der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten Schleswig-Holstein erstellt. Diesen wollen wir gemeinsam mit allen Interessenvertreter*innen,

auch gern mit Vertreter*innen ihrer regionalen Gruppe in Kiel, fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus zu bekämpfen. Dabei nehmen wir gern bi-spezifische Schwerpunkte wie z.B. die stärkere Sichtbarkeit in den Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien mit auf. Außerdem hat die Studie zu den Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ* in Schleswig-Holstein explizit sieben Bereiche mit Handlungsbedarfen festgestellt. An diesen Stellen müssen wir mit der Antidiskriminierungsarbeit weiter ansetzen.

Wir wollen die Geschäftsstelle “Echte Vielfalt” als landesweite Ansprech- und Netzwerkstelle stärken, um die Anliegen der Community noch breiter aufgestellt zu vertreten. In der Landesverwaltung schaffen wir eine zentrale Zuständigkeit für LSBTIQ*-Themen. Insgesamt wollen wir das Thema Vielfalt in unserer Politik noch stärker berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir landesweit agierende Institutionen weiter fördern.

Frage 5 – von Michael

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Bei der Frage nach Forschung zum Thema Bisexualität sind unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen gefragt, von der Soziologie bis zur Sexualmedizin. Es ist das Recht der Hochschulen und ihrer Forscher*innen, die Schwerpunkte und Inhalte ihrer Forschungen zu bestimmen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei auch die Diversitätsbeauftragten der Hochschulen, die wir in der Küstenkoalition im Hochschulgesetz verankert haben. Sie sollen den Diskurs innerhalb der Hochschulen sowie zwischen den Hochschulen und der Gesellschaft moderieren.

Es muss einen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse, z.B. der Pädagogik und der Soziologie, über die veränderte Rolle nicht-heteronormativer Orientierungen in der Gesellschaft und ihre Akzeptanz in die Arbeit der Schulen und anderen Bildungseinrichtungen geben. Das wollen wir unterstützen.

Frage 6

Sichtbarkeit ist für Bi+ zentral.

Es gibt in SH eine **Initiative** hierzu, in Australien eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.), den **1. Bi+Pride** in D 2021 mit Bi-Flaggen-Hissungen und Demonstration. Allerdings weigerten sich z. B. Kiel und Pinneberg (im Gegensatz zu Flensburg und Reinbek), die Bi-Flagge am Rathaus zu hissen.

Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?

Der SPD ist es ein zentrales Anliegen, überall für gleiche Rechte, volle Akzeptanz und mehr Sichtbarkeit queerer Menschen zu sorgen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Alte Rollen- und Denkmuster müssen aufgebrochen werden. Wir setzen uns auf allen Ebenen für mehr Sichtbarkeit Bisexueller ein. Der Aktionsplan „Echte Vielfalt“ in Schleswig-Holstein unterstützt viele Projekte und Initiativen. Hieraus können auch Bi-Initiativen und Aktionen gefördert werden. Das finden wir sehr wichtig.

Die Hissung der Bi-Flagge unterstützen wir ebenfalls.

Wir als SPD beteiligen uns üblicherweise aktiv an den Veranstaltungen des CSDs und werben damit für die Akzeptanz und Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Menschen auch in der Öffentlichkeit. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich mit einem Antrag für einen CSD-Empfang im Landtag und das Hissen der Regenbogenfahne stark gemacht.¹ Das wurde teilweise von der Koalition abgelehnt. Dafür würden wir uns wieder in der neuen Legislaturperiode einsetzen.

Frage 7 - von Thorsten

Sexualaufklärungs-Gegner gefährden Kinder, finden aber in d. Politik Gehör.

Politiker*innen äußern sich LSBTI*-feindlich.

Sachverständige fordern Initiativen gg. **Hasskriminalität gegen LSBTI***.

Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?

Politische Bildung und Medienbildung sind nicht nur als Prävention für Radikalisierung wichtig, sondern auch als Mittel gegen „Alltagsrassismus“ und andere Formen alltäglicher, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Insbesondere durch das Auftreten der AfD im Bundestag, den Landtagen und den kommunalen Vertretungen haben Hetze und verbale Ausfälle gegen Minderheiten aller Art leider auch ihren Einzug in Parlamente gehalten. Auch wenn das Parlament einen besonders geschützten Raum für die Meinungsfreiheit darstellt, lassen wir solche Tiraden nicht unkommentiert stehen und nutzen die parlamentarischen Regeln, so etwas auch beenden zu können.

Wir unterstützen, dass jeder Mensch selbst über Glaube und Geschlecht entscheiden und dies in allen Bereichen ausleben kann. Wir wollen z. B. die Mittelvergabe für öffentliche Politikförderung an das Kriterium der Diversität koppeln. Wir werden das Beratungsnetzwerk in allen Regionen des Landes ausbauen, sodass die Zivilgesellschaft überall in Schleswig-Holstein ortsnahe Ansprechpartner*innen hat.

Wir wollen Opfer der Diskriminierung konkret unterstützen und rechtlich schützen. Daher wollen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz in Schleswig-Holstein einführen.

Frage 8:

Im NDR-Rundfunkrat fehlt eine LSBTI*-Vertretung. Hier sind das ZDF und der MDR weiter.

Die Repräsentation von Bi+ bleibt weiterhin zurück.

Setzen Sie sich für eine queere Vertretung in Rundfunk und Fernsehen ein?

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle gesellschaftlich relevanten Gruppen im Rundfunkrat abgebildet werden und dieser auch die gesellschaftliche Vielfalt des Landes ausreichend repräsentiert.

¹ www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00500/drucksache-19-00594.pdf

